



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Für ein starkes, geeintes und demokratisches Europa

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass durch das aktuelle Vorgehen der neuen US-amerikanischen Administration die Grundlagen der transatlantischen Beziehungen ins Wanken geraten. Dem unilateralen Vorgehen der amerikanischen Regierung in Handelsfragen und in Bezug auf den Krieg in der Ukraine muss ein gemeinsames Vorgehen in der Europäischen Union entgegengesetzt werden. In Zeiten großer geopolitischer Herausforderungen und multipler Krisen darf es keine nationalen Alleingänge geben. Nur so können Bayern, Deutschland und Europa in dieser neuen weltpolitischen Machtkonstellation bestehen. Es braucht mehr denn je ein stärkeres, geeintes und seine eigenen Interessen vertretendes Europa. Dies beinhaltet unter anderem eine Stärkung der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik und einen Ausbau der europäischen Verteidigungskapazitäten.

Der Landtag bekennt sich klar zur Verteidigung von Demokratie und Meinungsfreiheit in Europa. Eine Einmischung – egal ob vonseiten Russlands, der USA oder anderen Staaten – zugunsten rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien wird entschieden zurückgewiesen. Wer Meinungsfreiheit zur Zensur umdeuten will, wer die liberale Demokratie beschädigen und die soziale Marktwirtschaft untergraben will, wird auf entschlossenen Widerstand treffen.

Der Landtag bekennt sich deshalb noch einmal klar zu den gemeinsamen europäischen Werten und zur Zusammenarbeit sowie einem gemeinsamen Handeln Europas.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Die Staatsregierung setzt sich auf allen politischen Ebenen für eine Stärkung der europäischen Solidarität und für die weitere Unterstützung der Ukraine ein. Sie setzt sich dafür ein, dass Gespräche über einen möglichen Waffenstillstand und eine Beendigung des russischen Angriffskrieges nicht ohne Vertreterinnen und Vertreter der Ukraine und der EU geführt werden können.
2. Die Staatsregierung setzt sich auf allen politischen Ebenen für eine Stärkung der europäischen Sicherheit und Verteidigung ein. Dies beinhaltet auch eine deutliche Erhöhung der europäischen Verteidigungsausgaben in Richtung der 3,5 Prozent-Marke des Bruttoinlandsprodukts.
3. Die Staatsregierung setzt sich auf allen politischen Ebenen für faire Handelsabkommen sowie gegen Protektionismus und Zollschränken im internationalen Handel ein. Wohlstand und Wirtschaftswachstum, die Bekämpfung des Klimawandels und weitere globale Herausforderungen erfordern multilaterale Abkommen und gemeinsame Vereinbarungen zur Ausgestaltung der internationalen Handelsbeziehungen. Die Staatsregierung unterstützt deshalb die Initiative der EU-Kommission des European Global Gateways und fördert internationale Partnerschaften auf Augenhöhe.

4. Die Staatsregierung setzt sich auf allen politischen Ebenen für die Verteidigung europäischer Werte, freier Meinungsäußerung und der freiheitlichen Demokratie ein. Desinformation, Einmischung in unsere Wahlkämpfe und Manipulation der öffentlichen Meinung zugunsten antidemokratischer und autoritärer politischer Kräfte tritt sie entschieden entgegen. Außerdem setzt sie sich für klare Regeln auf (Gatekeeper-)Plattformen ein, um der gezielten Verbreitung von Fake News und Desinformation entgegenzuwirken. Damit wirkt sie nicht nur der strategischen Manipulation der öffentlichen Meinung entgegen, sondern schützt auch die Freiheit, Sicherheit und Unabhängigkeit des digitalen Raums.

Begründung:

Seit 80 Jahren sind die USA und Deutschland in Europa in einem von gegenseitigem Vertrauen geprägten westlichen Wertebündnis vereint. Vor diesem Hintergrund erfüllt die Rede des Vizepräsidenten der USA, J. D. Vance, bei der Münchner Sicherheitskonferenz mit Sorge – sie markiert eine Wende in den transatlantischen Beziehungen. Der Start der zweiten Legislaturperiode von Donald Trump inklusive der Abwendung von der EU, des Auflösens von staatlichen Institutionen, der Aufkündigung des Pariser Klimaabkommens und Rückzugs aus der World Health Organization, das Aufnehmen von Tech-Milliardären und deren Macht- und Wirtschaftsinteressen in seinen engsten Kreis zeigt deutlich: Europa muss seinen Platz in einem veränderten weltpolitischen Umfeld endlich selbst und selbstbewusst einnehmen. Die Antwort muss ein stärkeres, geeintes und demokratisches Europa sein. Ein Europa, das solidarisch an der Seite von Staaten steht, deren Souveränität angegriffen wird. Ein Europa, das sich der eigenen Innovationskraft und Wirtschaftsstärke bewusst ist, sich nicht klein macht. Und ein Europa, das die Meinungsfreiheit aller achtet und dabei Desinformation entschieden entgegentritt. Bayern liegt im Herzen Europas, nicht nur geografisch.